



Kampf für eine moderne Gesellschaft in Kroatien

## Gewerkschaftliche Gegenmacht erkämpfen

Der Zerfall Jugoslawiens und die aus dem Krieg und den Wahlen hervorgegangenen neuen Regierungen stellen auch die Gewerkschaftsbewegung vor neue Herausforderungen. In Kroatien versuchen die Gewerkschaften, dem Wildwuchs des neuen Kapitalismus Einhalt zu gebieten und eine moderne Sozialgesetzgebung zu erkämpfen.

Roland Brunner, Zagreb

Die gewerkschaftliche Arbeit in Kroatien war in diesem Herbst von der Auseinandersetzung um ein neues Arbeits- und Sozialrecht geprägt. Die Regierung legte ein Bündel von sehr rigiden Gesetzen vor.

### Ein «historischer Skandal»

Vorgesehen im neuen Arbeits- und Sozialrecht ist ein praktisch vollständiges Streikverbot: Gestreikt werden darf laut Gesetzesentwurf nur noch, wenn der Unternehmerverband dem Streik zustimmt! Der Minimallohn in Kroatien soll zudem einseitig durch die Regierung festgelegt

werden können. Am unglaublichsten aber ist die Gesetzesvorlage bezüglich Arbeitsrecht für Frauen: Für jedes Kind, das eine Lohnabhängige auf die Welt stellt, soll ihr Pensionierungsalter um drei Jahre gesenkt werden. In den Genuss dieser bevölkerungspolitischen Massnahme kommen aber nur Frauen ab dem 60. Lebensjahr – bei einem regulären Pensionierungsalter von 60 Jahren... Als handfeste Massnahme soll andererseits der Mutterschafts-Urlaub auf 42 Tage verkürzt werden. Im Moment liegt er noch bei einem halben Jahr Dauer bei voller Bezahlung.

Dragutin Lesar, Präsident der Vereinigung Unabhängiger Gewerkschaften Kroatiens SSSH und einer der populärsten öffentlichen Personen des Landes, bezeichnet dieses von der Regierung vorgeschlagene Gesetzespaket als «historischen Skandal», mit dem die Regierung die Gewerkschaften aus den Betrieben drängen wolle («Novi List», 18. September 1993). Trotzdem gelang es den Gewerkschaften kaum, ihre Basis gegen die Gesetzesvorlage zu mobilisieren. Während die beiden Dachverbände KNSH und HUS (siehe Kasten) zum vornherein

auf eine Mobilisierung verzichteten, um in Zeiten des Krieges der Regierung nicht in den Rücken zu fallen, rief die Gewerkschaftszentrale SSSH ihre Mitglieder zum Protest. Während der letzten Septemberwoche fanden in allen grösseren Städten Kroatiens Kundgebungen statt. Von den 720'000 Mitgliedern des Verbandes fanden sich am 23. und 24. September immerhin rund 32'000 Menschen in 17 Städten zu Protestversammlungen ein.

### «Zurück in vormoderne Zeiten»

Josip Zupanov, Soziologie-Professor an der Universität Zagreb, charakterisiert die Proteste wie folgt: «Die Aktionen der Gewerkschaften sind nicht nur eine Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen, wie dies ja die Aufgabe der Gewerkschaften ist. Darüber hinaus bedeuten sie die Verteidigung unserer Zukunft im Sinne einer modernen, zivilisierten Gesellschaft. Das von der Regierung vorgeschlagene Gesetzespaket kümmert sich nicht um menschliche Res-



Dragutin Lesar (Präsident der SSSH) bei einer Gewerkschaftsveranstaltung

sources. Es zeigt eine veraltete Denkweise aus Zeiten der landwirtschaftlichen Produktionsweise und der klassischen Technologie, wie sie zu Zeiten von Karl Marx in Europa aktuell waren. Ich verteidige die Aktivitäten der Gewerkschaften, denn die geplanten Arbeits- und Sozialgesetze werfen uns in vormoderne Zeiten zurück.» («Novi List», 2. Oktober 1993)

Dragutin Lesar betont allerdings, dass auch das alte Arbeitsgesetz nicht besser war. Obwohl darin eine Vielzahl von Schutzbestimmungen existierten, fehlte es an den Strukturen, die die Interessen der Lohnabhängigen wahrnehmen konnten. «Um die Rechte der ArbeiterInnen zu sichern, genügt es nicht, ein Gesetz zu schreiben. Es braucht dazu auch Schutzmechanismen, die reagieren können, wenn diese Rechte verletzt werden. Im alten Gesetz haben wir zwar viele Rechte, aber das ist reine Theorie.» («Vecernji List», 8. Oktober 1993)

### Räuberbarone als neue Kapitalistenklasse

Als Motivation für das vorgeschlagene neue Arbeits- und Sozialgesetz bezeichnet Josip Zupanov den Willen der Regie-

rung, Konzessionen gegenüber dem internationalen Kapital zu machen, um mit tiefen Lohnkosten die ausländischen Investoren anzulocken. Zupanov stellt diese Rechnung in Frage, da modernes Industrie- und Dienstleistungskapital nicht in erster Linie an Billiglöhnen, sondern an gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen von sozialer Stabilität und Sicherheit des Privateigentums interessiert sei. «Ausländisches Kapital ist nicht an alten Technologien interessiert, sondern an hochqualifizierten menschlichen Ressourcen, die es nirgendwo gratis bekommen kann.» («Novi List», 2. Oktober 1993)

Noch wichtiger als die Konzessionen ans internationale Kapital seien der Regierung aber die Zugeständnisse an die neue Kapitalistenklasse in Kroatien, die Zupanov als eine Klasse der Räuberbarone bezeichnet. «Wir können heute in Kroatien die Herausbildung einer neuen Kapitalistenklasse aus Dieben, Räuberbaronen und Kriminellen miterleben. (...) Eine so gebildete Klasse hat nichts gemein mit einer modernen Kapitalistenklasse und einem modernen Management. Diese würden nie solche Gesetzesvorlagen einbringen. In modernen kapitalistischen Ländern sind das tempi passati.» (ebenda)

### Unfähigkeit und Anarchie in der Regierung

In einem Interview in «Novi List» (21. August 1993) geht Dragutin Lesar mit der kroatischen Regierung hart ins Gericht. Die Entscheide der Regierung seien bestimmt von ideologischen Motiven und politischem Druck. Es fehle ihr an ökonomischem Sachverstand und professionellem Denken. Wenn die Regierung deswegen angegriffen wird, verteidigt sie sich mit Kriegsgründen: Jetzt sei nicht Zeit für eine solche Diskussion und niemand habe in Zeiten des Krieges das Recht, die Regierung zu kritisieren. Lesar antwortet darauf: «Es ist unser Recht zu fragen, ob es wirklich Sinn macht, Gesetze und Verordnungen zu erlassen, von denen wir alle wissen, dass sie nicht umgesetzt werden können.»

Weltbank und Internationaler Währungsfonds sowie andere internationale Finanzorganisationen stellten ihre Kreditvergabe an Kroatien ein und begründeten diesen Schritt mit der Politik der kroatischen Regierung. Lesar fordert die Regierung auf, die Gründe, die zu diesem Entscheid führten, offenzulegen und zu erklären. «Wir sehen die Hauptgründe dafür in einer gewissen Anarchie im Funktionieren des Staatsapparates, angefangen von gewissen Doppelspurigkeiten infolge ungeklärter Entscheidungskompetenzen zwischen Parlament und Regierung bzw. Präsident. In einer solchen Situation, die gleichzeitig die Verantwortlichkeit für die bestehenden Verhältnisse verschleiert, ist es kaum erstaunlich, dass die Kompetenz und Autorität des Staates bezüglich Wirtschaft, Finanzdisziplin, Kriminalität und Sicherheit der Individuen sowie des Eigentums sehr fraglich ist. Die Unfähigkeit der staatlichen Behörden mit dem Krieg zu entschuldigen, wurde hier zum allge-

## Gewerkschaftsverbände in Kroatien

### HUS:

Hrvatska Udruga Sindikata, Kroatische Union der Gewerkschaften, gegründet 1990 von der Regierungspartei HDZ als Opposition zur SSSH, heute nach eigenen Angaben unabhängig. Präsident: Berislav Belec.

### KNSH:

Konföderation der Unabhängigen Gewerk-

schaften, organisiert vor allem Lohnabhängige im tertiären Bereich.

### SSSH:

Saveza Samostalnih Sindikata Hrvatske, Verband der Unabhängigen Gewerkschaften in Kroatien, gegründet im Januar 1991, heute grösster Dachverband mit 720'000 Mitgliedern in 26 angeschlossenen Gewerkschaften. Präsident: Dragutin Lesar.

## Gefährliches Gewerkschafter-Leben

Wie gefährlich es sein kann, sich in Kroatien aktiv als Gewerkschaftsmitglied zu engagieren, zeigt der «Fall Milan Krivokuće».

Milan Krivokuće war ein bekannter Gewerkschaftsführer und einer der Gründer der Eisenbahner-Gewerkschaft, einer der kämpferischsten ArbeitnehmerInnen-Organisationen in Kroatien. Vor nunmehr zehn Monaten wurde er vor den Türen seiner Wohnung ermordet.

Die Gewerkschaften beklagen in einem Brief ans Innenministerium, dass die Umstände seiner Ermordung nach wie vor ungeklärt sind. Man wolle nicht behaupten, es habe sich hier um einen politischen Mord gehandelt, aber die Umstände, wie die verantwortlichen Behörden die Untersuchung durchführten, legten eine solche Vermutung doch schon sehr nahe. («Novi List», 18. September 1993)

meinen Rezept und zur Universalmedizin gegen alle Kritik.»

### Neues Wirtschaftsgesetz

Ein besseres Zeugnis stellt Dragutin Lesar der Regierung bezüglich des neu vorgeschlagenen Wirtschaftsgesetzes aus: Das Anfang Oktober eingebrachte Gesetzespaket sieht erstmals auch Massnahmen gegen den Grau- und Schwarzhandel, zur Stabilisierung des Wechselkurses sowie gegen alle möglichen Kriegsgewinnler vor und nimmt damit Forderungen der Gewerkschaften auf. Bisher hatte die Regierung einseitig versucht, die Inflation in den Griff zu bekommen, indem die Löhne eingefroren wurden.

Die Lohnabhängigen bezahlten diese Anti-Inflations-Politik wie andernorts mit massiven Reallohneinbussen. Der Anteil der Lohnneinkommen am gesamten Sozialprodukt sank denn auch von 10,4 Prozent 1990 auf ganze 5,1 Prozent 1992. «Nur Druck auf die Löhne zu machen, konnte keinen Erfolg zeitigen, solange alle anderen Ventile offen blieben», meint Lesar («Vecernji List», 9. Oktober 1993) und tatsächlich konnte dieser erzwungene Lohnverzicht die laufende Abwertung des kroatischen Dinars nicht aufhalten. Heute liegt der Durchschnittslohn eines Arbeiters bei 200 Franken pro Monat, während rund 200'000 Menschen mit dem sozialen Minimum leben, das für eine vierköpfige Familie ganze 90 Franken beträgt.

### Sozialbereich vernachlässigt

Lesar kritisiert aber, dass den Massnahmen im Wirtschaftsbereich keine entsprechenden Vorschläge im Sozialbereich gegenüberstehen. In einem

Flugblatt anlässlich des Protestes gegen das vorgelegte Arbeitsgesetz schreibt die Gewerkschaft: «Wir sind uns alle bewusst, dass wir zu Zeiten des Krieges gegen Kroatien, des notwendigen Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus, der Ablösung des sozialen durch das private Eigentum leben. Es ist uns klar, dass dieser Übergang schmerzhaft ist und uns etwas kostet. Was für uns aber am schmerzhaftesten ist, ist die Tatsache, dass die grösste Last dieses Überganges den ArbeiterInnen, den Arbeitslosen und den RentnerInnen aufgebürdet wird. Während wir immer ärmer werden, bereichert sich eine kleine Elite der Gesellschaft.»

### Gewerkschaften als politische Opposition?

Die Gewerkschaften in Kroatien stellen heute die einzige wirkliche Gegenmacht zur herrschenden HDZ-Regierung dar. Die Parteienlandschaft ist aufgesplittet in Dutzende von Kleinstparteien. Einzige die Liberal-Demokraten und regionale Bündnisse wie das «Istrische Demokratische Forum» oder die «Dalmatische Aktion» können auf der politischen Bühne die regierende HDZ herausfordern.

Der Soziologie-Professor Josip Zupanov ist allerdings skeptisch, was die Möglichkeiten von sozialem Protest in Zeiten des Krieges betrifft. Soziale Verteilungskämpfe beginnen normalerweise in Phasen des Wiederaufschwungs, nicht in den Talsohlen der Krise. Mitten in der Krise versuchen die Leute immer, irgendwie individuell zu überleben. Zupanov bezeichnet Serbien als Beispiel: Bei Monatslöhnen von fünf Franken bleibe keine Perspektive mehr für sozialen Protest. Der Kampf ums tägliche Überleben stelle den einzig möglichen Lebensinhalt dar. Der riesige Repressionsapparat sei da nur noch das Pünktchen auf's i, um die

Leute von gemeinsamen Aktionen abzuhalten.

Auch einen möglichen gesellschaftlichen Grundkonsens sieht Zupanov in Kroatien kaum kommen: Wo die gemeinsamen Interessen fehlten, sei auch kein Konsens möglich. Während es im Westen bei Interessenkonflikten um die Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Kuchens gehe, könne es in Kroatien kaum einen Konsens geben zwischen Räuberbaronen und Lohnabhängigen, die um ihr tägliches Überleben ringen müssen.

### Kein Parteiersatz

Trotzdem sieht Dragutin Lesar die Gewerkschaften nicht als Parteiersatz und die Gewerkschaftsarbeit nicht als Politik. Die Idee, ausgehend von den doch recht einflussreichen Gewerkschaften eine neue Partei der Lohnabhängigen zu gründen, weist er von sich. Parteien gäbe es schon genug und Gewerkschafter hätten in der Politik wenig zu suchen. Auch sich selber sieht er nicht als Politiker, obwohl sein Einfluss auf die Politik nicht unbedeutend ist. «Wenn alles, wofür ich mich einsetze und woran ich arbeite, Politik ist, dann bin ich halt ein Politiker», meint Lesar lakonisch.

Interview mit Jasna A. Petrovic

## “Notfalls werden wir wieder streiken!”

Jasna A. Petrovic arbeitet auf dem Zentralsekretariat des Verbandes der Unabhängigen Gewerkschaften Kroatiens SSSH in Zagreb. Sie ist dort für Information und internationale Kontakte verantwortlich. Roland Brunner unterhielt sich mit ihr über die Gewerkschaftsproteste des vergangenen Herbsts.

*Von den über 700'000 Mitgliedern des Gewerkschaftsverbandes haben sich nur etwa 30'000 an den Protestkundgebungen beteiligt. Welche Bilanz zieht die Gewerkschaft?*

**Jasna A. Petrovic:** Die Leute in Kroatien sind sich nicht gewohnt, für ihre Anliegen auf die Strasse zu gehen. Viele haben ihre Angst, die ihnen 50 Jahre lang beigebracht wurde, nicht überwunden. Im Gegensatz zu anderen Ländern Osteuropas gab es in Jugoslawien mit der Arbeiterselbstverwaltung zwar eine theoretische Schule der Demokratie, aber in der Praxis wurde Demokratie nie gelebt. Angesichts dieser Voraussetzungen ziehen wir eine sehr positive Bilanz aus unserer Mobilisierung. Zum ersten Mal ist es gelungen, durch einen gewerkschaftlichen Aufruf Menschen zum Handeln zu bringen. Auch wir selbst wären noch vor einem Jahr dazu nicht in der Lage gewesen. Früher wurden die Leute zu Massenkundgebungen aufgeboten. Deshalb nehmen viele solchen Aktivitäten mit Skepsis auf. Trotzdem fanden sich 32'000 Leute ein – ein schöner Erfolg angesichts der komplizierten Materie und der schwierigen Situation. Zudem haben wir bei der Mobilisierung auf jeglichen Populismus verzichtet. Wir wollten die Leute nicht einfach gegen Tudjman oder gegen die Regierung auf die Strasse bringen. Wir wollten den Leuten erklären, worum es geht und was in

den vorgeschlagenen Gesetzen steht. Es wäre sehr leicht, angesichts der Not in Kroatien die Menschen gegen die Regierung aufzubringen und zu mobilisieren. Aber wir wollten die Menschen nicht missbrauchen. Es ging uns um die Sache, nicht um eine unkontrollierbare Dynamik der Massenbewegung.

*Der erste Entwurf für ein Arbeits- und Sozialgesetz scheint heute durch den Druck der Gewerkschaften vom Tisch zu sein. Was kommt als nächstes?*

Im Parlament wurde das Gesetzespaket von der Traktandenliste dieser Session abgesetzt. Wir haben dagegen protestiert. Wir wollen, dass es zu einer Diskussion kommt. Die Sozial- und Arbeitsgesetze geben den ParlamentarierInnen zum ersten Mal die Chance, über die Zukunft Kroatiens zu diskutieren.

Wir haben alle für Kroatien gestimmt (die Unabhängigkeit, R.B.), aber jetzt geht es darum, für welches Kroatien wir gestimmt haben. Was für einen Staat wollen wir? Welchen Einfluss soll der Präsident, wieviel Macht das Parlament haben? Welche Gesellschaft wollen wir? Heute gibt es in Kroatien keine Mittelschicht. Die Gesellschaft zerfällt in eine Vielzahl von verarmten Lohnabhängigen und einige neureiche Manager, meist ehemalige Kommunisten und Betriebsdirektoren, die rechtzeitig in die Regierungspartei eingetreten sind und dort Karriere und Geld gemacht haben.

*Welche Rolle spielt in dieser Auseinandersetzung das Parlament, welche die Gewerkschaftsbewegung?*

Wir versuchen, dem autoritären Stil der Regierungspartei die Konzeption eines demokratischen, parlamentarischen Sy-

stems entgegenzuhalten. Wir sind nicht an einem Streit mit der Regierung interessiert; uns geht es um das politische System. Die ParlamentarierInnen tragen heute eine grosse Verantwortung für die Ausgestaltung unseres Staates und dieses Landes.

Wir kämpfen heute für die Errichtung eines Sozial- und Rechtsstaates in Kroatien. Rechter, nationalistischer Extremismus ist dabei ebenso gefährlich wie linker, kommunistischer Extremismus. Wenn wir heute Streiks organisieren, müssen wir sicher sein, dass wir diese auch erfolgreich durchführen und kontrollieren können. Die Macht einer Gewerkschaft liegt heute nicht darin, den Unmut und die Armut der Menschen zu mobilisieren, sondern solche Mobilisierungen auch zu kontrollieren und nötigenfalls zu stoppen. In der jetzigen Situation müssen wir ein sehr labiles gesellschaftliches Gleichgewicht aufrecht erhalten – selbst wenn wir die Menschen gegen Regierungsvorlagen auf die Strasse bringen.

*Die Regierung hat kürzlich ein neues Paket zur Wirtschaftsgesetzgebung vorgelegt, das recht positiv aufgenommen wurde. Was wird die Gewerkschaftsbewegung hier weiter unternehmen?*

Die Gesetzesvorlage beinhaltet tatsächlich einige positivere Punkte, als das bisher der Fall war. Wir haben beschlossen, diese Massnahmen 30 Tage kritisch zu verfolgen. Nach einem Monat werden unsere Fachleute eine Studie vorlegen. Anhand dieses Berichtes werden wir unser weiteres Vorgehen beschliessen. Falls die Regierungsmassnahmen gegen Schwarzhändler und Kriegsgewinnler keine Erfolge zeigen oder nicht wirklich durchgesetzt werden, müssen wir wieder zu Streiks greifen.